

Hamburg: Null Toleranz für Islamisten Vorstellung des Verfassungsschutzberichtes 2004

Schwerpunkt der Arbeit des Hamburger Verfassungsschutzes ist unverändert die Beobachtung der **Bedrohung durch islamistische Terroristen**. Diese Gefahr ist Deutschland mit den Anschlägen von Madrid am 11.03.04 näher gekommen, auch in unserem Land besteht die Gefahr von Anschlägen. Das belegen die Ermittlungen deutscher Sicherheitsbehörden und Verlautbarungen führender Islamisten.

Trotz Festnahmen und Verurteilungen im In- und Ausland konnte das internationale **Netzwerk islamistischer Terroristen nicht entscheidend geschwächt** werden. Auch 2004 wurden aus diesem Netz schwerste terroristische Gewalttaten verübt. Die Anschläge von Madrid zeigten, dass neue Täterkreise - in allenfalls loser Anbindung an Al-Qaida - an Terroranschlägen beteiligt sind. Die vorwiegend aus Nordafrika stammenden Täter von Madrid - soweit bekannt - hatten schon Jahre in Spanien gelebt bzw. waren dort aufgewachsen. Der Al-Qaida-Organisation des Usama BIN LADEN im engeren Sinne sind sie nicht zuzurechnen. Dennoch bleiben BIN LADEN und die von ihm vertretene Ideologie des weltweiten Dschihad für die meisten gewaltbereiten Islamisten eine bedeutende Orientierung.

Das Ausmaß der Gewaltbereitschaft, das grenzüberschreitende Vorgehen der Täter und ihre logistische Vernetzung haben nachdrücklich bewiesen, dass die Bekämpfung des internationalen Terrorismus **neue und hohe Anforderungen an die Sicherheitsbehörden** stellt.

Angesichts der Vielzahl von Behörden, die in Deutschland Verantwortung für die Innere Sicherheit tragen, war es erforderlich, die **Sicherheitsarchitektur** zu überprüfen. Daraus wurden im Jahr 2004 **wichtige Konsequenzen gezogen**:

Im Dezember 2004 hat in Berlin das neue „**Gemeinsame Terrorismusabwehrzentrum**“ (**GTAZ**) seine Arbeit aufgenommen. Mit dieser Konstruktion wird ein engerer Informationsfluss sowie eine Bündelung des Wissens angestrebt. Analyse-Experten von Polizei und Nachrichtendiensten tauschen tagesaktuell Erkenntnisse aus, nehmen Bewertungen vor und vereinbaren die erforderlichen Schritte. Selbstverständlich sind auch der **Hamburger Verfassungsschutz** und die **Hamburger Polizei** mit Fachleuten in die Arbeitsabläufe des

GTAZ [„Nachrichtendienstliche Informations- und Analysestelle“ (NIAS) einerseits und „Polizeiliche Informations- und Analysestelle“ (PIAS) andererseits] **eingebunden**.

Lassen Sie mich auf die **Schwerpunkte des Verfassungsschutzberichtes 2004** eingehen.

AUSLÄNDEREXTREMISMUS

Die Beobachtung und Bekämpfung des **islamistischen Terrorismus** ist, wie bereits ausgeführt, nach wie vor **Arbeitsschwerpunkt des Hamburger Verfassungsschutzes**.

Die Zahl der **Gewaltbereiten in der islamistischen Szene in Hamburg** wird weiterhin auf etwa 200 geschätzt, etwa 20 davon sind „Gefährder“. Diese gewaltbereiten Islamisten gehören unterschiedlichen Ausprägungen des Islamismus an und stammen aus einer Vielzahl von Ländern. Einige stehen im Verdacht, den **Dschihadisten oder ihrem Umfeld anzugehören bzw. den bewaffneten Dschihad zu befürworten. Einzelne haben umfangreiche Kontakte in das internationale Netzwerk des islamistischen Terrorismus**. Auch in **Hamburg** gibt es Personenkreise, die der Ideologie der Al-Qaida anhängen.

Der Arbeitsbegriff „**Dschihadist**“ bezeichnet „Kämpfer für die Sache Allahs“. Dschihadisten halten sich in der ganzen Welt auf und zeigen eine hohe Mobilität. Für sie haben persönliche Kontakte eine extrem hohe Bedeutung, die **in einschlägigen Moscheen und paramilitärischen Ausbildungscamps** geknüpft werden/worden sind. Damit sind sie **in eine globale Netzwerkstruktur eingebunden**, die ihnen umfangreiche logistische Unterstützung bietet. Die Aufklärung der in kleinen Zirkeln agierenden Personen ist äußerst schwierig. Von zentraler Bedeutung für die Ermittlungsarbeit sind immer wieder bestimmte Moscheen, in denen sich „Dschihadisten“, oft als solche von den Gläubigen unerkannt, bewegen. In **Hamburg** sind dies in erster Linie die „**AL-KODS-Moschee**“, die „**MOUHAJERIN-Moschee**“ und die „**AL-NUR-Moschee**“.

Es gibt Hinweise, wonach **auch in Hamburg weiterhin Kämpfer für den bewaffneten Dschihad, insbesondere im Irak, rekrutiert werden**. Angehörige dieser Szene sind zu meist durch persönliche Beziehungen (z. B. aus Moschee-Besuchen und zu dem ehemaligen Umfeld der Attentäter vom 11.09.01) miteinander verbunden. Festere Strukturen sind kaum erkennbar, wodurch die Ermittlungsarbeit erschwert wird.

Trefforte **transnationaler Islamisten** sind in **Hamburg** u.a. die AL-NUR-Moschee und die AL-KODS-Moschee. Die **AL-KODS-Moschee** stellt nach wie vor eine Art **Sammelbecken**

nordafrikanischer, aus dem Irak und aus Südost-Europa stammender Befürworter des Dschihad dar. In den Moscheen wird die öffentliche Diskussion über „Hassprediger“ und deren eventuelle Abschiebung aufmerksam verfolgt. In den letzten Monaten des Jahres 2004 wurde während der Freitagsgebete die Absicht islamistischer Imame erkennbar, islamistische Standpunkte nicht klar auszusprechen, sondern eher zu umschreiben.

Wie schon in den Vorjahren sind auch 2004 Fälle bekannt geworden, die eine **Vermischung von militant-islamistischen Bestrebungen mit allgemein kriminellen Handlungen** belegen. Etliche Personen, die diesem Spektrum zuzuordnen sind, haben einen kriminellen Hintergrund. Sie sind für die Drahtzieher des islamistischen Terrorismus besonders wertvoll, weil sie weiterhin Kontakte in das kriminelle Milieu haben und diese z. B. für die Schleusung von Personen oder die Beschaffung gefälschter Papiere nutzen.

Der Freispruch im Verfahren gegen Abdelghani **MZOUDI**, das Revisionsverfahren gegen Mounir **EL MOTASSADEQ** sowie die Auslieferung des Abderrazak **MAHDJOUB** im März 2004 an Italien und die Festnahme Mamoun **DARKAZANLI**s im Dezember 2004 waren Ereignisse von überregionaler Bedeutung.

- **Abdelghani MZOUDI**

Der Prozess gegen MZOUDI endete am 05.02.04 mit einem **Freispruch**. Das HOLG sah es als nicht erwiesen an, dass der Marokkaner als Mitglied einer Terrorzelle in Hamburg an der Vorbereitung der Anschläge beteiligt gewesen sei. Der Generalbundesanwalt (GBA) legte gegen diese Entscheidung Revision ein, der stattgegeben wurde. Die erneute Verhandlung vor dem HOLG ist für den Mai 2005 vorgesehen. Ungeachtet des Freispruchs hat die **Hamburger Behörde für Inneres die Ausweisung MZOUDI**s verfügt. Sein Aufenthalt in Deutschland wird nur noch für die Dauer des Verfahrens geduldet. Gegen diese Entscheidung hat MZOUDI Widerspruch eingelegt, der zurückgewiesen wurde. Eine Klage gegen die Zurückweisung ist derzeit beim Verwaltungsgericht Hamburg anhängig.

- **Mounir EL MOTASSADEQ**

Auch der am 19.02.03 vor dem HOLG wegen Beihilfe zum Mord in 3.066 Fällen zu 15 Jahren Haft verurteilte Mounir EL MOTASSADEQ befindet sich **auf freiem Fuß**. Am 10.08.04 begann die Neuauflage des Prozesses vor dem HOLG. Vertreter der USA legten Aussagen von BINALSHIBH und Khalid SCHEICH MOHAMMED vor, die als Drahtzieher des 11. September gelten. Beide beteuern darin, EL MOTASSADEQ sei nicht in die Terrorpläne eingeweiht gewesen. Da dieser selbst keinerlei Aussagen macht, ist das

Gericht weiter auf die bereits bekannten Zeugen angewiesen. Auch gegen EL MOTASSADEQ hat die **Hamburger Behörde für Inneres die Ausweisung verfügt** und seinen Aufenthalt zunächst nur für die Dauer des Verfahrens geduldet. Falls es mit einem Schuldspruch endet, wird er die Strafe in der Bundesrepublik verbüßen müssen und danach ausgewiesen werden. EL MOTASSADEQ hat Widerspruch gegen die Verfügung erhoben.

- **Abderrazak MAHDJOUR**

Am 28.11.03 wurde MAHDJOUR in Hamburg aufgrund eines von italienischen Behörden ausgestellten internationalen Haftbefehls wegen Mitgliedschaft in und Unterstützung einer terroristischen Vereinigung **festgenommen**. Ihm wird vorgeworfen, sich in **Italien** einer Zelle angeschlossen zu haben, die die terroristische Gruppe „Ansar al-Islam“ unterstützt haben soll. MAHDJOUR soll u.a. in dieser Zelle **eine führende Rolle eingenommen** und die **Verbindung zwischen transnationalen Organisationen und deren Mitgliedern in Italien aufrecht erhalten** haben. Das HOLG erklärte das Auslieferungsersuchen für zulässig, so dass MAHDJOUR am 19.03.04 den italienischen Strafverfolgungsbehörden überstellt werden konnte.

- **Mamoun DARKAZANLI**

Gegen einen weiteren Angehörigen der islamistischen Szene in **Hamburg**, den Syrer Mamoun DARKAZANLI, wurde in Spanien im September 2003 ein **internationaler Haftbefehl** erlassen. DARKAZANLI wird die **logistische Unterstützung einer „Al-Qaida“-Zelle in Spanien** vorgeworfen. Wegen der deutschen Staatsangehörigkeit DARKAZANLIs konnte der Haftbefehl zunächst nicht vollstreckt werden. Im Juli 2004 ratifizierte der Deutsche Bundestag das „Europäische Haftbefehlsgesetz“, das die Auslieferung deutscher Staatsangehöriger an EU-Staaten ermöglicht. Aufgrund dieser neuen Rechtslage konnte DARKAZANLI am 15.10.04 **festgenommen** werden. Mit Entscheidung vom 23.11.04 hat das HOLG seine Auslieferung an Spanien für zulässig erklärt. In dem daraufhin angestrebten Eilverfahren **setzte das Bundesverfassungsgericht die Auslieferung** jedoch zunächst für die Dauer von sechs Monaten **aus**, um zu prüfen, ob die Ratifizierung des „Europäische Haftbefehlsgesetzes“ mit dem Grundgesetz im Einklang steht.

Es bleibt eine der wichtigsten Aufgaben der Hamburger Sicherheitsbehörden, islamistische Gewalttäter in der Stadt rechtzeitig aufzuspüren. **Hinweise auf eine konkrete Gefährdungssituation durch islamistische Gewalttäter liegen derzeit für Hamburg nicht vor.**

Neben den gewaltbereiten Islamisten werden auch die von gewaltfreien Organisationen aus dem islamistischen Spektrum ausgehenden Gefahren für die freiheitliche demokratische Grundordnung beobachtet. Die **IGMG („Islamische Gemeinschaft Milli Görüs“, „Islam Toplumu Milli Görüs“)** ist mit Abstand die größte Organisation dieses Bereichs. Trotz verschiedener neuer Diskussionsansätze in der Organisation gelang es ihr auch im Jahr 2004 nicht, sich von den Ideen ihres Gründers und Führers ERBAKAN glaubhaft zu lösen.

Die Abschiebung des selbsternannten „Kalifen von Köln“ **Metin KAPLAN** in die Türkei blieb auf Hamburg ohne direkte Auswirkungen, weil es hier keine Organisationsstruktur, sondern lediglich einzelne Anhänger gibt.

Islamistische iranische Einrichtungen propagieren auch in **Hamburg** nach wie vor die „Islamische Revolution“. Damit fördern sie islamistische Bestrebungen, die den **Sturz westlich beeinflusster Regierungen in der islamischen Welt** herbeiführen und letztlich die **gesamte Welt islamisieren** wollen. Ein europaweit wichtiges Verbindungszentrum der „Islamischen Republik Iran“ ist das **"Islamische Zentrum Hamburg"** (IZH). Mit seiner Öffentlichkeitsarbeit will es islamistisches Gedankengut iranischer Prägung bundesweit verbreiten.

Oppositionelle Gruppen von Iranern, wie die „Arbeiterkommunistische Partei Iran“ (API), wollen das „Mullah-Regime“ in der Heimat **durch ein kommunistisches System ersetzen**. Mit einem demokratischen Anspruch ist der „Nationale Widerstandsrat Iran“ (NWRI) angetreten. Er ist der politische Arm der in Iran jahrelang terroristisch agierenden „Volksmodjahedin Iran-Organisation“. Ihre Guerilla, die „Nationale Befreiungsfront“, die im Irak stationiert war, wurde entwaffnet und steht unter US-Aufsicht. Derzeit beschränkt sich der NWRI im Wesentlichen auf Geldbeschaffungs- und Propaganda-Aktivitäten.

Linksextremistische türkische Gruppen streben einen revolutionären Umsturz zur Errichtung eines **kommunistischen Herrschaftssystems** in der Türkei an. Sie waren dort auch im vergangenen Jahr vereinzelt in bewaffnete Auseinandersetzungen mit den Sicherheitskräften verwickelt. Akute Gefahren für die innere Sicherheit Deutschlands gehen von ihnen nicht aus. Sie befassten sich publizistisch und auf - durchweg friedlich verlaufenen - Kundgebungen mit aktuellen politischen Ereignissen. Ihre weiteren Aktivitäten richten sich hier vornehmlich auf die **propagandistische und finanzielle Unterstützung ihrer Heimatorganisationen**.

Die **Kurdenorganisation „KONGRA GEL“** („Kongreya Gel Kurdistane“, „Volkskongress Kurdistans“) verfügt in Deutschland weiterhin über ein straff geführtes Organisationsgeflecht mit hoher, aber vereinzelt rückläufiger Mobilisierungsfähigkeit. Schwerpunkte der öffentlichen

Aktivitäten waren **Kampagnen** zu den Haftbedingungen Abdullah ÖCALANs sowie zur Freilassung einer in den Niederlanden vorübergehend inhaftierten Funktionärin. Unverändert unternimmt die Organisation erhebliche Anstrengungen zur Geldbeschaffung - z.B. durch das Eintreiben von Spenden sowie durch kulturelle Großveranstaltungen -, allerdings mit nachlassendem Erfolg.

Die Zahl der polizeilich registrierten **Straftaten** mit ausländerextremistischem Hintergrund in Hamburg ging im Berichtsjahr mit 12 gegenüber 16 im Jahr 2003 zurück. 2004 waren sechs ausländerextremistische **Gewalttaten** (2003: sieben) zu verzeichnen.

Linksextremismus

Linksextremistischen Parteien und Gruppierungen gelang es auch 2004 nicht, für ihre verfassungsfeindlichen Inhalte und Zielsetzungen eine nachhaltige gesellschaftliche Akzeptanz zu erreichen. Bei der Bürgerschaftswahl am 29.02.04 erzielten die „**Deutsche Kommunistische Partei**“ (DKP) und die „**Partei des Demokratischen Sozialismus**“ (PDS) allenfalls Achtungserfolge bei der eigenen Gefolgschaft.

Die Arbeit der auch in Hamburg entstandenen **lokalen Sozialforen** - ein heterogenes Gemisch aus ungebundenen Globalisierungskritikern, unabhängigen Gewerkschaftern und einem breiten Spektrum von Linksextremisten - blieb wegen **interner Richtungsstreitigkeiten und Differenzen** im Ansatz stecken. Die Gründung eines zentralen Hamburger Sozialforums scheiterte aus den gleichen Gründen. Zum Jahreswechsel 2004/05 weiteten sich die Sozialproteste in der „Agenturschluss“- Kampagne gegen die Umstellung von Arbeitslosengeld und Sozialhilfe auf das „ALG II“ noch einmal aus.

Die bislang aktivste militante Gruppe in Hamburg und Umgebung, die „**Autonome Zelle in Gedenken an Ulrike Meinhof**“ (AZUM) verübte im Berichtsjahr **keine Anschläge**. In dem Berliner Autonomenblatt „INTERIM“ begründete sie ihre Inaktivität u.a. mit Auflösungserscheinungen innerhalb der Gruppe. Für die **Existenz weiterer militant agierender autonomer Zirkel in Hamburg** sprechen mehrere Aktionen mit z.T. beträchtlichen Sachschäden.

Die **autonome Szene** konzentrierte ihre Aktionsplanungen besonders auf die **Räumung des Bauwagenplatzes am Barmbeker „Wendebecken“** und den Umbau des ehemaligen Wasserturms im Schanzenpark zu einem Hotel. Die im Vergleich zu den „Bambule“-Krawallen im Jahr 2002 verhalteneren Protestdemonstrationen verdeutlichten, dass die Intensität der Unterstützung für die betroffenen Bauwagenbewohner von deren Verzahnung mit der autonomen Szene abhängt. Am Abend der Platzräumung Anfang August blieb es bei einer De-

monstration mit etwa 600 Teilnehmern und deutlich kleineren Protesten der autonomen und linksextremistischen Szene an den Folgetagen. Die Bauwagenbewohner selbst und einige Unterstützer aus der autonomen Szene leisteten passiven Widerstand gegen die Räumungskräfte und veranstalteten Transparent- und Mahnwachenaktionen in mehreren Stadtteilen.

Die **Aktivitäten gegen den Hotelneubau im Schanzenviertel** begannen unspektakulär. Aufgrund der Nähe zu Szeneobjekten erreichten autonome Gruppierungen aber im Herbst zunehmend eine Mobilisierung der eigenen Anhänger. Mit dem Baubeginn im Januar 2005 verstärkten sich die Aktivitäten deutlich. Vor allem gewaltbereite Jugendlichen/Heranwachsende, die nicht der Autonomenszene zugerechnet werden, waren für eine Eskalation mit Angriffen auf Polizeibeamte bis hin zum Einsatz von „Molotow-Cocktails“ verantwortlich. Eine Zuspitzung erfuhr der militante Hotel-Protest im März 2005 mit einer gegen vier Objekte in Lübeck und **Hamburg** gerichteten Anschlagsserie. Am Abend des 03. März schlugen militante Hotel-Gegner an einem Hotel in Lübeck Scheiben ein und verunreinigten Gebäudeteile mit Farbe. Zwei aus **Hamburg** stammende Personen konnten kurz nach der Tat festgenommen werden.

In der Nacht zum 04.03. setzten Unbekannte einen Schuppen auf dem Gelände eines Golf-Hotels in Lemsahl-Mellingstedt in Brand und verursachten damit einen Sachschaden von ca. 50.000 €. Ferner wurden in derselben Nacht am Gebäude des Bezirksamts Eimsbüttel sowie am Wohnhaus eines Aufsichtsratsmitgliedes der Patrizia AG in Groß-Flottbek Farbflaschen gegen die Fassaden geworfen und Fensterscheiben zerstört. In einem **Selbstbeziehungsschreiben** bekannte sich eine „Arbeitsgruppe für einen Kolbenfresser im Motor der wachsenden Stadt“ zu den Taten in **Hamburg**. Mit den Aktionen, die auf den „sensiblen Tourismus-Sektor in dieser Stadt“ zielten, sollten demnach auch das Ansehen und der gute Ruf der Stadt angegriffen werden.

Das weit über Hamburg hinaus bekannte **Stadtteilzentrum „Rote Flora“** wird unverändert von einem Autonomenplenum selbstverwaltet. Das traditionell von diesem Plenum organisierte Schanzenfest im August mündete nach zunächst nahezu gewaltfreiem Verlauf in Ausschreitungen gegen Polizeibeamte. Ansonsten beschäftigten sich gruppenübergreifende „Flora“-Personenzusammenhänge ausgiebig mit theoretischen Debatten und führte Veranstaltungen zu unterschiedlichen Themen durch.

Ein weiterer Schwerpunkt für Autonome und andere Linksextremisten ist der „**Antifaschismus**“, der vordergründig die Bekämpfung von Rechtsextremisten meint, jedoch als Teil des

Kampfes gegen das „kapitalistische System“ gesehen wird. „Antifaschistische“ Gruppen benötigen ein greifbares Feindbild für ihre Agitation. Gibt es dieses, wie bei Aufmärschen rechtsextremistischer Gruppen gegen die Ausstellung „Verbrechen der deutschen Wehrmacht“ Anfang 2004, folgen ihren Aufrufen für Gegendemonstrationen stets mehrere hundert Personen. Nur ein Teil von ihnen sucht die direkte Konfrontation mit dem politischen Gegner oder der Polizei. Die **zersplitterte Hamburger autonome Antifaszene** ging bei Mobilisierungen Bündnisse für Demonstrationen ein. Dies sowie Wahlerfolge und steigende öffentliche Aktivität rechtsextremistischer Organisationen könnten einen Konsolidierungsprozess der Antifaszene bewirken.

Linksextremisten versuchten auch 2004, über die **Asylproblematik** Einfluss auf Flüchtlingsinitiativen zu nehmen. Insbesondere mit einer „Anti-Lager-Tour“, die sich konvoiartig mit Veranstaltungen entlang einer Städteroute mit norddeutschen Flüchtlingsunterkünften bewegte, agitierten sie gegen die „menschenunwürdigen Lagerbedingungen“ und die „Praxis von Sammelabschiebungen“.

Eine neue Form „sozialen Ungehorsams“ fand insbesondere in der Autonomenszene Interesse. Mit umfassender Kritik am kapitalistischen „Konsumwahn“ begründete eine ursprünglich aus Südamerika stammende Protestbewegung eine organisierte **Aneignungskultur**. Diese soll den sozial Schwächsten eine Möglichkeit zum Überleben in einer Überfluggesellschaft bieten. Bei einer „YOMANGO!“-Veranstaltung (spanisch, umgangssprachlich: „**Ich klaue!**“) mit spanischen Aktivisten im Juni in der „Roten Flora“ wurden Anleitungen zur Wegnahme und zur anschließenden öffentlich-kostenlosen Verteilung von Gütern an „Bedürftige“ vorgestellt. Die Protagonisten warben für die „Wiederaneignung öffentlicher Räume“ für alle Menschen, propagierten das Recht auf selbstbestimmtes Wohnen in Bauwagen und ein uneingeschränktes Bleiberecht für Flüchtlinge.

Eine Ausprägung dieser Idee findet sich in Aktionen eines „**Umsonst**“-Netzwerkes mit Gruppen in mehreren deutschen Städten, darunter in Berlin und **Hamburg**. Unter dem Tenor: „Alles für alle und zwar Umsonst!“ führte „**Hamburg-Umsonst**“ mehrere „**Aneignungsaktionen**“ durch. Das unorthodoxe Vorgehen und die Aktionsvielfalt entsprechen den Lebens- und Politikanschauungen in der Autonomenszene.

In Hamburg war 2004 ein Anstieg der linksextremistischen **Straftaten** im Rahmen des kriminalpolizeilichen Meldedienstes „Politisch motivierte Kriminalität“ (PMK) auf 23 gegenüber 16 im Vorjahr zu verzeichnen. Der Anteil der **Gewalttaten** hieran stieg von 11 im Jahr 2003 auf 16 im Berichtsjahr.

Rechtsextremismus

Nach Jahren eines kontinuierlichen Abwärtstrends der Gesamtzahl von Rechtsextremisten und eingefahrener Strukturen befinden sich erhebliche Teile der rechtsextremistischen Szene seit Mitte 2004 **im Aufwind**. Auslöser dafür waren **Wahlabsprachen zwischen der „Nationaldemokratischen Partei Deutschlands“ (NPD) und der „Deutschen Volksunion“ (DVU)** mit dem Ziel, Konkurrenz kandidaturen zu vermeiden. Hinzu kommt die **Bereitschaft insbesondere der NPD und Neonazis zu einer intensiveren Zusammenarbeit**. Darüber hinaus konnten Rechtsextremisten die Schwerpunktthemen Sozialreformen, EU-Erweiterung und Gefahr durch den Islamismus erfolgreich für ihre Propaganda und öffentliche Aktionen nutzen. Diese Entwicklung trug zu den **Erfolgen rechtsextremistischer Parteien bei Landtags- und Kommunalwahlen** bei, u.a. in Sachsen, wo die NPD bei der Landtagswahl im September 9,2% der abgegebenen Stimmen erhielt.

Befördert durch diese Wahlerfolge ergriff die NPD die Initiative zur Intensivierung der Zusammenarbeit und **rief zur Bildung einer „Volksfront von Rechts“ auf**. Die Umsetzung dieses Modells erfolgte im Bundesgebiet bisher in unterschiedlicher Intensität. **Gemäßigtere rechtsextremistische Personenzusammenschlüsse** mit weniger aggressiver Zielsetzung, **wie die „Republikaner“ (REP)** und andere Kleinparteien, Organisationen und Initiativen, die sich nicht an der „Volksfront von Rechts“ beteiligten, **verloren an Bedeutung**.

Im Jahr 2004 verstärkten Rechtsextremisten ihre **Bemühungen, unpolitische Jugendliche zu indoktrinieren und anzuwerben**. Als wichtigstes Medium nutzten sie die in der rechtsextremistischen Szene verbreitete **Musik**. Neonazistische Kameradschaften, im rechtsextremistischen Musikhandel oder in der Musikproduktion tätige Rechtsextremisten und auch die NPD traten im Jahr 2004 als Urheber oder Unterstützer einer neuen **Kampagne** hervor, der Produktion und Verteilung von **„Schulhof CDs“** mit rechtsextremistischen Inhalten und anziehenden Rhythmen als Köder für Jugendliche. Die Verbreitung der in neonazistischen Kreisen zusammengestellten CD „Anpassung ist Feigheit“ konnte durch einen **„Allgemeinen Beschlagnahmebeschluss“ des Amtsgerichtes Halle/ST weitgehend verhindert** werden.

Die **rechtsextremistische Szene in Hamburg stagnierte 2004 zunächst**. Bereits im Vorjahr durch Inaktivität und inhaltliche Armut aufgefallene Gruppierungen - wie die Landesverbände der **REP** und der **DVU** - erreichten kaum noch Außenwirkung. Die **NPD**, in Hamburg aufgrund ihrer personeller Strukturen wenig von der neuen Volksfrontbewegung erfasst, konnte ihren Mitgliederbestand aus dem Vorjahr halten. Eine **Aufwärtsentwicklung der NPD** zeichnet sich allerdings **seit Ende 2004** ab. Die **Neonaziszene**, mit zwei aktiven Kameradschaften in Hamburg vertreten, beteiligte sich auch organisatorisch an Demonstrationen,

Informationsständen sowie Stadtteilauftritten und erreichte zum Jahresende eine **leichte Steigerung ihres Aktivistenpotentials**.

Der **Hamburger Landesverband der REP** gab Anfang Januar 2005 seine **Auflösung und den Übertritt eines erheblichen Teils der Mitglieder zur NPD** bekannt.

Von bundesweiter Bedeutung für das gesamte rechtsextremistische Spektrum waren einzelne Protagonisten der Hamburger Szene. Der unter Hamburger Rechtsextremisten umstrittene Neonazi **Christian WORCH** organisierte weiterhin bundesweit Demonstrationen. **Jürgen RIEGER**, Rechtsanwalt und langjähriger Rechtsextremist, vergrößerte seinen Immobilienbesitz u.a. mit dem Ankauf eines Anwesens in Niedersachsen. Eines seiner Objekte wurde Anfang 2005 für den thüringischen NPD-Landesparteitag genutzt.

Der nach Mecklenburg-Vorpommern verzogene, aber in seinem neonazistischen Hamburger Kameradenkreis noch einflussreiche **Thomas WULFF** wurde zu einem Verfechter der neuen Volksfrontidee.

Die rechtsextremistischen **Straftaten** stiegen im Jahr 2004 auf 173 (2003: 139), die **Gewalttaten** von vier im Jahr 2003 auf neun im Berichtsjahr.